
TOP 1.2 Umsetzungsmöglichkeiten eines SozialTickets in den Gebietskörperschaften
des Verbundgebietes -Prüfauftrag
Drucksachen Nr. 6-03-10-1.2

Herr Timm beantragt für die SPD-Fraktion, den Beschlussentwurf wie folgt zu fassen:

Die Verbandsversammlung beauftragt die Verbundgesellschaft, Handlungsoptionen für ein preisstufenbezogenes Sozialticket-Modell (Preisstufen 1a bis 5) für 4erTickets und MonatsTickets zu entwickeln, zu kalkulieren und der Verbandsversammlung zur Beratung vorzulegen.

Die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass man leichter zu einer verbundweiten Lösung komme, wenn die man Sache nicht gleich zu Beginn durch Prämissen eingrenze.

Herr Kolvenbach beantragt für die CDU-Fraktion, den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion um die Worte ... die Verbundgesellschaft **unter Einbeziehung der Aufgabenträger**... zu ergänzen. Danach könne man die Aufgabenträger bereits in einem frühen Stadium in die Überlegungen einbeziehen. Dies gelte insbesondere hinsichtlich der Frage der späteren Finanzierung dieses Tarifangebotes.

Herr Wolter begrüßt, dass dieses Thema wieder aufgegriffen werde und verweist auf die erfolgreiche Einführung und Umsetzung in Köln. Er habe jedoch Zweifel an einer stringenten Umsetzung im VRS, wenn man zu viele Beteiligte in das Verfahren einbeziehe.

Herr Pohlmann sieht die Gefahr einer finanziellen Belastung der Verbundkommunen bei einer Einführung eines SozialTickets, die man angesichts der finanziellen Situation der Kommunen vermeiden müsse. Er hält es daher für unverzichtbar, dass die Gebietskörperschaften ihren Berechtigtenkreis jeweils in eigener Zuständigkeit definieren.

Herr Möring erklärt, dass man mit dem geänderten Beschlussentwurf ein zweistufiges Verfahren verfolge. Man prüfe danach zunächst die möglichen Handlungsoptionen und beschließe anschließend einen konkreten Prüfungsauftrag.

Auf die Frage von Herrn Jaeger nach den Kosten für eine Marktforschungsstudie antwortet Herr Dr. Schmidt-Freitag, dass man mindestens 150.000,-- Euro ansetzen müsse.

Herr Dr. Schmidt-Freitag schlägt außerdem vor, die Verkehrsunternehmen ebenfalls sofort einzubeziehen und den Beschlussentwurf um die Worte zu erweitern... unter Einbeziehung der Aufgabenträger **und der Verkehrsunternehmen** ..., weil sich ja auch der Beirat der Verkehrsunternehmen mit der Einführung dieses Tarifangebotes befassen werde.

Herr Möring stellt abschließend fest, dass der heute zu fassende Beschluss noch keine Kosten für die Aufgabenträger nach sich ziehen werde.

Die Verbandsversammlung beschließt:

Die Verbandsversammlung beauftragt die Verbundgesellschaft unter Einbeziehung der Aufgabenträger und der Verkehrsunternehmen, Handlungsoptionen für ein preisstufenbezogenes Sozialticket-Modell (Preisstufen 1a bis 5) für 4erTickets und MonatsTickets zu entwickeln, zu kalkulieren und der Verbandsversammlung zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig